

### Obligatorische Kurse gefordert

**FLÜCHTLINGE** von ihrer Herkunft und vorläufige Aufgenommenen nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden, sollen für Kurse und Coaches bei Kosten für die Sozialhilfe an die Schweizerische Eidgenossenschaft (SECO) schuldig gehalten werden. Massnahmen vor und hinter dem neuen Tisch auf.

#### Naher finanzielle Belastung

Der Bund überlässt die Kosten für die Sozialhilfe für die vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge über die ersten Jahre danach und Kurse und Coaches vollständig. Die Idee zu erheblichen finanziellen Belastungen, an die SECO durch die Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen zugeführt wird in den Arbeitsmarkt integriert. Die eine lange Sozialhilfeabhängigkeit zu verhindern, hat die SECO ein Konzept zur Arbeitsintegration entwickelt. Es besteht aus einem zweijährigen Coaching, damit aufsuchende Personen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Wichtig ist auch eine rasche Qualifizierung. Die meisten Aufsuchenden sind jung und unbefähigt, aber beruflich schlecht qualifiziert. Die SECO fordert eine reformulierung der möglichen Berufshilfenleistungen, die für die Flüchtlinge abgemindert sein soll.

#### Administrative Hürden abbauen

Durch die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, brauchen sie aber auch die Unterstützung und eine Befreiung der Wirtschaft. Unternehmen müssen beispielsweise die Flüchtlinge nach Abschluss der Kurse auch zusätzlich einstellen. Zudem müssen administrative Hürden zur Beschäftigung von Aufsuchenden abgebaut werden, fordert die SECO.

### NACHRICHTEN

## Viktor Baumeler ist SRG-Präsident

**BERN** Die Eidgenössische Kommission der SRG hat den Leiter von **Viktor Baumeler** zum Vorstandsvorsitzenden der SRG gewählt. Der Leiter wird von 2017 an den Vorstand der SRG leiten. Baumeler wurde mit 10 Ja gegen 1 Nein einstimmig gewählt, wie die SRG gestern mitteilte.

## Neat-Streit soll beigelegt werden

**YESSA** Die Welt wird sich eine Neutrennung der Gattungen gesehnt, können der Genetiker Bannister eine nach dem ungeliebten Namen 2010 erfüllt werden. Nun versucht die Neutrennung als Neutrennung zu verhindern, damit es keine Neutrennung keine weiteren Neutrennungen gibt. Er rief die Genetiker Bannister mit Nachdruck dazu auf, keine weiteren Neutrennungen gegen die in Überlieferung befindlichen Pläne der Eidgenössischen Verbandsorganisation vorzunehmen, schrieb gestern der Vorstand Neutrennung.

## Immer mehr Fluglärmgeplagte

**ZÜRICH** Die Zahl der von Fluglärm geplagten Menschen an den Flughäfen Zürich und Basel-Mülhausen (BSL) steigt. Gemäss dem neuesten Zürcher Flughafenbericht (ZFB) von 2014 betrug die Zahl der von Fluglärm geplagten Menschen an den Flughäfen Zürich und BSL 47 000 Personen. Das ist ein Anstieg um 10 Prozent gegenüber dem Bericht von 2013. Die entsprechende Zahl für den Flughafen Basel-Mülhausen (BSL) betrug 2014 17 000 Personen, ein Anstieg um 7 Prozent gegenüber dem Bericht von 2013.

# Fünf Jahre Haft für Datendieb

**URTEIL** Im Ausland wurde Hervé Falciani als Whistleblower gefeiert. Das Bundesstrafgericht hat ihn nun gestraft wegen wirtschaftlichen Nachrichtenlebens verurteilt.

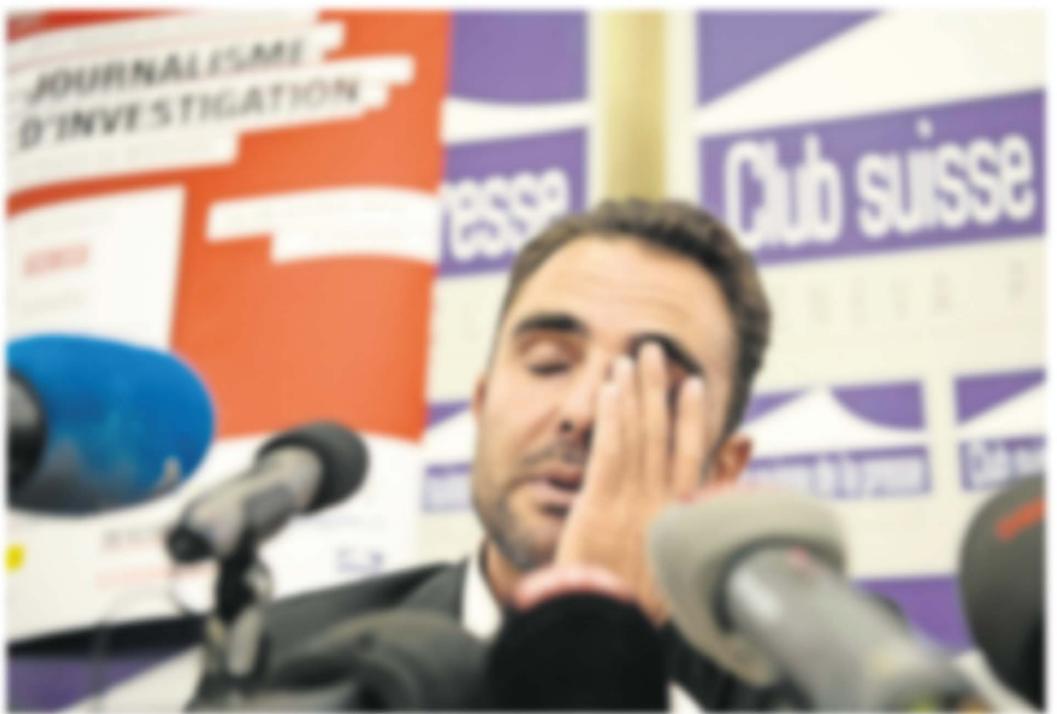
**STRASBURG** (dpa) - Ein französischer Whistleblower, der die Bank UBS wegen des Diebstahls von Kundendaten beschuldigt hat, wurde von einem französischen Gericht zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Im Juli 2014 während der grossen Hauptverhandlung im US- und auch grossen Ansehen der 41-jährige Hervé Falciani wurde der wirtschaftliche Nachrichtenlebens verurteilt. Der ehemalige 25-Mitarbeiter der Credit Suisse, Falciani, sagte, er habe die Kundendaten der Bank UBS, die er als Whistleblower an die Öffentlichkeit gegeben hat, um die Bank zu kritisieren. Er behauptete, dass die Bank UBS Kundendaten von anderen Banken gestohlen habe, um sie zu verkaufen. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

#### Verkaufsvorhaben im Libanon

Die von Falciani zwischen 2006 und 2008 erworbenen und später dem französischen Behörden zur Verfügung gestellten Daten von Überweisungen von Kunden der Credit Suisse, Falciani, wurden in Frankreich und weiteren Ländern zu erheblichen Verlusten wegen Steuerhinterziehung. Diese Daten liegen auf der Hand von Falciani, dem auch als Whistleblower gefeiert, der die Schweizer Bank geholfen zu Fall brachte.

Doch ganz so einfach ist die Geschichte nicht. Entscheidend war nicht die Bankdaten, sondern die Tatsache, dass Falciani im Frühjahr 2008 einen Vertrag mit der Bundesanwaltschaft unterzeichnet hatte, um die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit zu geben. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.



Hervé Falciani während einer Pressekonferenz Ende Oktober im französischen Dronne. (AP/Wide World Photo)

wie ursprünglich die Ermittler die Informationen in Frankreich.

#### Schweiz schuldig

Das Gericht sagt die Entscheidung von Bundesanwaltschaft Carlo Ballo, dass Falciani die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat, sei ein Verstoß gegen die Schweizer Verfassung. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

Im Jahre des Urteils war es nicht möglich, eine Verfügung über die Kundendaten der Bank UBS zu erlassen. Falciani behauptete, er habe die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben, um die Bank zu kritisieren. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

#### Falciani wird nicht ausgeliefert

Die Hauptverhandlung fand in Straßburg statt. Falciani wird nicht ausgeliefert, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

Schweiz hätte seinen Bericht nach der Untersuchung der Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

Über den Bericht kommt durch die Hauptverhandlung der Eindruck, dass Falciani vollständig mit wenig relevanten Informationen über die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat. Das Gericht hat Falciani zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er die Kundendaten der Bank UBS an die Öffentlichkeit gegeben hat.

# Linke finden kaum bürgerliche Verbündete

**PARTEIFINANZEN** Die SP will mit einer Initiative dafür sorgen, dass die Parteien ihre Geldgeber offenlegen müssen. Im bürgerlichen Lager gibt es dafür Sympathien – aber bis jetzt nicht viel mehr.

Der Wahlkampf 2015 soll der teuerste aller Zeiten gewesen sein. So genau weiss man das nicht, denn in der Schweiz sind die Parteien nicht zu finanzieller Transparenz verpflichtet. Die Öffentlichkeit erfährt also nur, woher die Parteien ihr Geld nehmen und wofür sie es ausgeben, wenn diese freiwillig Transparenz herstellen. Sämtliche Anläufe, dies zu ändern, scheiterten im Parlament. Nun soll die Frage der Parteienfinanzierung auf dem Initiativweg vor Volk und Land gestellt werden. Federführend ist die SP, an der Delegiertenversammlung von nächster Woche in St. Gallen fällt der Startschuss. Der Vorstand der Grünen befasst sich heute mit dem Entwurf, Generalsekretärin Miriam Behrens rechnet mit einer «breiten Zustimmung» in der Partei.

Um das Volksbegehren mehrheitsfähig zu machen, sucht das links-grüne Lager bürgerliche Mitstreiter, die sich im überparteilichen Trägerverein engagieren wollen. «Wir führen Gespräche und werden dies auch während der Wintersession tun», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (Bern). Im Fokus stehen dabei die Kleinparteien BDP und GLP, die weniger von Grossspenden profitieren. Einer, der sich für die Offenlegung

der Parteifinanzien ausspricht, ist BDP-Nationalrat Lorenz Hess – zumindest auf der Plattform Smartvote. Für die angedachte Transparenz-Initiative hege er zwar «Sympathien», so Hess, «ob ich sie unterstütze, weiss ich noch nicht». Der Berner zweifelt an der Wirksamkeit der Initiative.

Gemäss Entwurf müssten die Parteien ihre Jahresrechnung sowie die Urheber von jährlichen Spenden von über 10 000 Franken gegenüber der Bundeskanzlei offenlegen. Gleiches würde für Abstimmungskomitees gelten. «Von einer solchen Bestimmung sollte man sich nicht allzu viel versprechen», sagt Hess. Das Geld könne über parteinahe Organisationen weiterhin anonym in die Partiekassen fließen.

#### Hoffen auf freisinnigen Support

Sympathisanten finden sich auch in der CVP, die sich bisher gegen die Einführung von Transparenzregeln gestellt hat. So sprach sich CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (Zürich) auf Smartvote «eher» für eine Offenlegung der Partei- und Abstimmungsfinanzierung aus. Selbst aus den Reihen der FDP, die sich vehement gegen einen



**«Von einer solchen Bestimmung sollte man sich nicht allzu viel versprechen.»**

NATIONALRAT LORENZ HESS (BDP, BERN)



**«Mit der Initiative würden die privaten Spenden einbrechen.»**

NATIONALRAT CHRISTIAN WASSERFALLEN (FDP, BERN)

Systemwechsel wehrt, hofft SP-Politikerin Masshardt auf Unterstützer.

Tatsächlich stellt sich etwa der Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann nicht kategorisch gegen eine gesetzliche Regelung. Die Initiativpläne gehen Portmann aber zu weit: «Die Anonymität von Privatspendern müsste gewahrt bleiben.» Bei den Firmenspenden würde es in den Augen des FDP-Politikers genügen, wenn die Parteien die Branchen angeben müssten, aus denen sie Zuwendungen erhalten haben. «Das würde reichen, um allfällige Abhängigkeiten zu erkennen.» Für die Mehrheit in der FDP dürfte aber der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen stehen, der sagt: «Mit der Initiative würden die privaten Parteispenden einbrechen, die Folge wäre eine staatliche Parteienfinanzierung.»

#### Einkünfte ausgeklammert

Auf die Unterstützung des St. Galler SVP-Nationalrats Lukas Reimann können die Initianten ebenso wenig zählen. Reimann hatte 2010 selber eine Transparenz-Initiative lanciert, den neuen Anlauf von links bezeichnet er aber als «katastrophal», weil dieser die Politiker-Einkünfte ausklammert.

Aus dem Kreis der Initianten heisst es dazu, man habe das Begehren nicht überladen wollen. Ein Vorstoss der SP, der Transparenz bei den Nebeneinkünften der National- und Ständeräte fordert, ist im Parlament hängig.